

7./VI. 1912.

Kohlennot und Politik.

Die Debatten in der letzten Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung über die Kohlennot dürfen durch die Ausführungen des Stadtv. Dr. Heilbrunn über die vermutliche Ursachen dieser Kalamität ein über den lokalen Kreis hinausgehendes Interesse beanspruchen. Der Redner, der ja auch Frankfurter Landtagsabgeordneter ist, sprach nämlich von gewissen Vorgängen innerhalb des Kohlsyndikats, die ihm den Eindruck erweckten, als ob es sich um eine bewusste Demonstration gegen die zuständigen Berliner Stellen wegen des neuen innerpolitischen Sturzes handle. Man scheine, so führte er aus, de facto den Beweis erbringen zu wollen, daß alle Produktion gehemmt wird, daß alle Räder stille stehen, wenn in Berlin die Politik nicht nach den Wünschen der Schwerindustrie gemacht wird. Und er leitete daraus die Forderung ab, daß die Verfügung über eines der wichtigsten Produktionsmittel nicht länger in der Hand einer kleinen Gruppe privater Interessenten verbleibe, sondern der Allgemeinheit ein bestimmender Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Kohlenbergbau eingeräumt werde. Da die Parlamente zur Zeit geschlossen seien, sei es notwendig, daß die Verwaltungen der Städte hier die Initiative ergreifen und durch Vermittlung des Deutschen Städtetages bei der Regierung die unverzügliche Einführung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation für den gesamten Kohlenbergbau beantragen.

Soweit die Ausführungen des Redners, deren Inhalt wir, ohne sie uns zu eigen zu machen, hier lediglich referierend wiedergeben. Auf die Antwort, die sie finden werden, muß man gespannt sein. Begrüßen aber dürfen wir für alle Fälle die Tatsache, daß jetzt auch von städtischer Seite aus im Anschluß an einen Spezialfall eine Forderung erhoben wird, die wir aus allgemein wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus seit geraumer Zeit immer und immer wieder erhoben haben, nämlich die Forderung nach einer gemeinwirtschaftlichen Organisation der Kohlenversorgung. Dreimal war in den letzten Monaten der Anlaß zu einer solchen Umgestaltung der Machtverhältnisse im Kohlenbergbau gegeben: bei der Beratung des Zwangssyndikatsgesetzes, bei der Beratung der „Siberia“-Vorlage im Abgeordnetenhaus und bei der Annahme der Kohlensteuer im Reichstag. Alle diese drei Gelegenheiten sind verpaßt worden. Vielleicht ergreift jetzt der Deutsche Städtetag die Initiative, an der die Regierung und die Parlamente es bisher haben fehlen lassen.